



<b>Ausschuss für Gesundheit, Arbeit, Soziales, Familie und Senioren</b> <b>am 25.10.2005</b>		öffentlich		
		Vorlagen-Nr.: FB 5/018/2005		
Nr. 5 der TO				
Dez. II	FB 5: Arbeit und Soziales	Datum: 06.10.2005		
FBL / stellv. FBL	FB Finanzen	Dezernat I / II	Der Bürgermeister	
<b>Beratungsfolge:</b>				
Gremium:	Datum:	TOP	Zuständigkeit	Bemerkungen:
Ausschuss für Gesundheit, Arbeit, Soziales, Familie und Senioren	25.10.2005		Anhörung	

**Beratungsgegenstand:**

**Soziale Situation in Lüdinghausen - Anfrage an Soziale Verbände**

**I. Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**II. Rechtsgrundlage:**

GO, Zuständigkeitsordnung

**III. Sachverhalt:**

In seiner Sitzung am 22.02.2005 hat dieser Ausschuss der Verwaltung den Auftrag erteilt, die in Lüdinghausen tätigen sozialen Verbände, Organisationen und Einrichtungen zu kontaktieren. Diesen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, über ihre Tätigkeit zu informieren und auf Probleme aufmerksam zu machen, um Handlungsbedarfe für Politik und Verwaltung erkennbar werden zu lassen.

Mit Schreiben vom 18.07.2005 wurde 30 verschiedenen Institutionen Gelegenheit gegeben, bis zum 30.09.2005 gegenüber dem Ausschuss zu berichten (**Anlage 1**). Mehrere Adressaten haben das Schreiben zum Anlass genommen, den Ausschuss für eine seiner nächsten Sitzungen zu einem Besuch und einer Vorstellung ihrer Einrichtung einzuladen. Einige soziale Einrichtungen haben fernmündlich auf den fehlenden aktuellen Beratungsbedarf hingewiesen und eine erneute Kontaktaufnahme für den Fall etwa auftretender Probleme angekündigt. Verschiedene Institutionen haben unter Bezugnahme auf das Schreiben auf bereits im Internet publizierte Informationen Bezug genommen, oder aber Tätigkeitsberichte und Informationsbroschüren übersandt, die in der **Anlage 2** beigefügt sind bzw. – bei größerem Umfang – in der Ausschusssitzung und anschließend im Fachbereich Arbeit und Soziales zur Kenntnisnahme bereit liegen.

Es liegt keine Rückmeldung vor, die einen unmittelbaren Handlungsbedarf erkennen lässt oder gar einen Beratungsauftrag für Politik und Verwaltung erteilt. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden des

Ausschusses sollen die ausgesprochenen Einladungen zum Anlass genommen werden, in künftigen Sitzungen des Ausschuss jeweils zu Beginn einer sozialen Einrichtung – nach Möglichkeit vor Ort – Gelegenheit zur Vorstellung zu geben.

#### **IV. Finanzielle Auswirkungen:**

---

Anlagen:

- Schreiben der Verwaltung vom 18.07.05
- Antwortschreiben der Verbände